

Antrag 116/I/2020
ASG Berlin

Empfehlung der Antragskommission
Annahme (Konsens)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Überprüfung und Sicherstellung der „Spezialisierten Ambulanten Palliativversorgung“ (SAPV) in Berlin

1 Offenbar ergeben sich in Berlin Probleme dabei, bei
2 schwerst- und sterbenskranken Menschen den gesetzli-
3 chen Anspruch auf Leistungen der „Spezialisierten Ambu-
4 lanten Palliativversorgung“ (SAPV) zu realisieren.

5

6 Die Sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats
7 und Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, entspre-
8 chende Probleme und deren Ursachen zu evaluieren und
9 sich dafür einzusetzen, diese umgehend zu beseitigen.
10 Dies umfasst auch die Aufforderung - falls zweckmäßig
11 – gegenüber dem Bundesgesetzgeber aktiv zu werden.
12 Hierbei sind neben den SAPV Angeboten auch die wei-
13 teren meist ehrenamtlichen Unterstützungsangebote in
14 den Blick zu nehmen und zu prüfen, wie diese gestärkt
15 werden können.

16

17 **Begründung**

18 Die ASG Berlin erreichen Berichte, in denen die Versorgung
19 schwerstkranker Menschen erheblich erschwert wird.

20

21 Hier ein konkretes Beispiel: „Nachdem meine Mutter aus-
22 therapiert aus dem Krankenhaus entlassen wurde, haben
23 wir uns entschlossen sie nicht in einem Heim sterben zu
24 lassen, sondern zuhause zu versorgen. Hierzu hat sie ei-
25 ne Verordnung spezialisierter ambulanter Palliativversor-
26 gung (SAPV) bekommen. Zuständig für die Vermittlung ei-
27 ner solchen Pflege ist der Verein Home Care Berlin e.V. Des-
28 sen “Hilfe” bestand in der Übermittlung einer Liste ent-
29 sprechender Ärzte. Aus dieser Liste war jedoch kein einzi-
30 ger der für Neukölln zuständigen Ärzte bereit, diese Pfl-
31 ge zu übernehmen. Letztlich haben meine Schwester und
32 ich die Pflege meiner Mutter bis zu ihrem Tod selbst über-
33 nommen.“ Eine Ursache liegt offenbar darin, dass die ge-
34 nannten Ärztinnen und Ärzte ausschließlich onkologische
35 Patientinnen und Patienten betreuen und keine anderen.
36 Im Ergebnis sollte auch statt einer schlichten „Verweisbe-
37 ratung“ ganz konkrete Unterstützung und Begleitung der
38 Antragstellenden erfolgen.